MV 07.05.14

Drogenprävention im Fokus

Grüne diskutieren Kommunalisierung mit Ministerin Barbara Steffens

RHEINE. Über die Auswirkungen der Kommunalisierung der Drogenprävention für den Kreis Steinfurt informierte sich die Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) anlässlich ihres Besuches bei der Jugend- und Drogenberatung der Aktion Selbsthilfe für Drogengefährdete in Rheine (Mitglied im Paritätischen). Geschäftsführer Joachim Jüngst stellte die Entwicklung der Drogenszene in der Region dar und führte aus, wie vor diesem Hintergrund die Arbeit der Drogenberatung konkret ausgerichtet sei.

Unser Foto zeigt (vorn v.l.) Joachim Jüngst, Ministerin Barbara Steffens, Norbert Klapper (Vorsitzender des Paritätischen im Kreis Steinfurt, dahinterHans-Peter Metje (Geschäftsführer des Paritätischen), Michael Reiske (Grüne Rheine), Stefan Krause (1. Vorsitzender der Aktion Selbsthilfe für Drogengefährdete).

Es herrschte Übereinstimmung dahingehend, dass sich die Drogenproblematik mit der Größe einer Kommune verschärfe, weshalb im Kreis Steinfurt in Rheine ein Schwerpunkt bei der Arbeit gebildet werden müsse. Indem das Land NRW allerdings seine finanziellen Mittel für die Drogenprävention über die Kreise und kreisfreien Städte verteile (sogenannte Kommunalisierung), habe der Kreis Steinfurt entschieden, die niedrigschwellige Drogenhilfe zu seiner eigenen Aufgabe zu machen. Er behält die 25000 Euro, die das Land insoweit pro Jahr zur Verfügung stellt, für sich.

Ministerin Steffens führte aus, die schwarz-gelbe Vorgängerregierung habe die Kommunalisierung gewollt, aber wohl nicht mit einer solchen Entwicklung gerechnet, die allerdings landesweit eine Ausnahme darstelle. Ihr Haus werde sich mit der Problematik erneut befassen, kündigte Steffens an.